



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Postfach 31 67 · D-65021 Wiesbaden

Geschäftszeichen: I1E-12a

Per eMail:
dbb Hessen
Frankfurt am Main

Dst. Nr. 0005
Bearbeiter/in Frau Elsaßer
Durchwahl (06 11) 353 1469
Telefax: (06 11) 353 1695
Email: K.Elsaesser@hmdis.hessen.de
Ihr Zeichen
Ihre Nachricht

DGB Bezirk Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main

Datum 4. November 2016

Deutscher Richterbund
Landesverband Hessen
Frankfurt am Main

Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Hessischen Urlaubsverordnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Anlage übersende ich den Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Hessischen Urlaubsverordnung mit der Bitte um Kenntnis- und ggf. Stellungnahme bis zum

13. Januar 2017.

Der Entwurf greift verschiedene Regelungsbedarfe im Urlaubsrecht der Beamten auf.

Zum einen dient er der Anpassung der Verordnung an nach der Rechtsprechung des EuGH bestehende Anforderungen

- zur Umrechnung des Urlaubs bei Reduzierung der Arbeitszeit im laufenden Urlaubsjahr,
- zum Übertragungszeitraum für krankheitsbedingt nicht genommenen europarechtlichen Mindesturlaub, sowie
- zur Abgeltung von europarechtlichem Mindesturlaub, der vor Beendigung des Beamtenverhältnisses krankheitsbedingt nicht genommen werden konnte.

Der Anspruch auf Abgeltung von Urlaub, der wegen Erkrankung nicht genommen werden konnte, besteht nach der Rechtsprechung des EuGH und des BVerwG auch im

Beamtenbereich unmittelbar aufgrund Art. 7 Abs. 2 der Richtlinie 2003/88/EG. Er soll nun in der Hessischen Urlaubsverordnung ausdrücklich normiert und der Übertragungszeitraum für krankheitsbedingt nicht genommenen Urlaub auf 15 Monate festgelegt werden.

Des Weiteren soll, um der Rechtsprechung des EuGH in Sachen Tirol und Brandes Rechnung zu tragen, Urlaub, der vor einer Reduzierung der Arbeitszeit aus dienstlichen Gründen oder wegen Dienstunfähigkeit tatsächlich nicht genommen werden konnte, nicht mehr auf die neue Arbeitszeit umgerechnet werden.

Die Verordnung sieht ferner die Erhöhung des Urlaubsanspruchs von Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst von 27 auf 28 Tage vor sowie eine Regelung für einen Tag Sonderurlaub bei besonderem ehrenamtlichem Engagement. Der Urlaub für Heilkuren wird ausdrücklich auf ambulante Rehabilitationsmaßnahmen erstreckt.

Die Einzelheiten bitte ich der Verordnungsbegründung zu entnehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez.

Gortner

Anlage